

# Neue Tageszeitung

Die „Neue Tageszeitung“ ist eine jeden Wochentag erscheinende Zeitung, die den Lesern ein reichhaltiges Material bietet. Der Preis beträgt monatlich 1,00 M., einschließlich Transport. Anzeigen werden nach dem Tarif abgerechnet.

## In die Bevölkerung des Korpsbezirks!

In den nächsten Tagen werden unsere Truppen den Rhein überschreiten. Auf mehreren Marschströgen werden sie stufenweise in das Gebiet einmarschieren. Millionen braver deutscher Soldaten, die bisher tapfer kämpften, werden von ihren Oberbefehlshabern befreit. Nach den geltenden und von der Volksgemeinschaft bestätigten Bestimmungen geht für die Truppen des Durchmarsches die Befehlsgewalt des kaiserlichen Generalkommandos auf die Oberbefehlshaber der durchmarschierenden Truppen über. Den Anordnungen derselben ist Folge zu leisten.

Aber nicht nur der Befehl, sondern das eigene Herz wird jeden Vorgesetzten in Stadt und Land und jede Wache dankbar klingen, wenn alles zu tun, was für die Unterbringung der Truppen auf dem Marsch bei Wasser, Nahrung und Bekleidung zu leisten ist. Folge jeder dem Oberbefehl, damit es keine Missetat gibt. Alle Anordnungen zum Wohle der Truppe müssen bis ins Kleinste erfüllt werden. Wer dagegen verfährt, verstoßt sich nicht nur an seinem Vaterlande, sondern auch an dem Recht unserer tapferen Soldaten, die uns bisher vor dem Schlimmsten bewahrt haben. Hörtet keine Ordnung, so zieht die Arme und das eigene Herz, durch das sie marschieren, unbedingt in wenigen Tagen vor einer Hungersnot. Die Arbeiter, Bauern und Soldatenräte werden alles tun, um der Sicherung des Durchmarsches jede Förderung anzuwenden zu lassen.

Volksgenossen, empfangt unsere Soldaten gut!  
Die Durchmarschgebiete werden durch die Presse bekannt gegeben.

Im Namen der Arbeiter, Bauern und Soldatenräte des Bezirks des 18. Armee-Korps:  
Der Arbeiter- und Soldatenrat Frankfurt a. M.

## Die Verprengten.

Der Regierungspräsident erläßt nachstehende Bekanntmachung:

1. Alle Vermehrungsbehörden in Stadt und Land werden hierdurch aufgefordert, unter Berücksichtigung der zur Aufrechterhaltung der Ordnung gebildeten Organisationen mit größtem Nachdruck dahin zu wirken, daß alle Verprengten angehalten und möglichst in kleinen Truppen unter Führung eines Offiziers oder Unteroffiziers zusammengebracht werden. Es sind den nicht durchmarschierenden oder in der Nähe liegenden geschlossenen Truppeneinheiten zuzuschreiben, die sie ihrem Verband unter Meldung an die vorgesetzte Dienststelle einleiten. Nur so kann eine geordnete Vernehmung, Unterbringung und Rückkehr in die Heimat, wie richtige Entlassung, gewährleistet werden.

2. Soldaten, die ihnen dienlich angetraute Ehen, mit Bekleidungsstücke, Waffen, Pferde, Vieh usw. veräußern, machen sich des Diebstahls oder der Unterschlagung schuldig, sie handeln schuldlos und können der Gesamtheit des Volkes. Sie werden unmissverständlich gerichtlich verfolgt werden und haben auf weitere Begnadigung nicht zu rechnen.

Wichtig jedes erhebbaren Soldaten wie der Bevölkerung ist es, solche Schandtaten zu verhindern und Schuldige zur Anzeige zu bringen. Wer andererseits solche Taten von Soldaten erwirkt, setzt sich der gerichtlichen Bestrafung wegen Hehlerei § 239 St.-G.-B. aus.

## Aufreise.

Berlin, 23. Nov. (WB.) Der Volksgenossenschaft des Soldatenrates bei der Obersten Beeresetzung erläßt folgenden Aufreisetzung:

An die Arbeiter- und Soldatenräte der Heimat, Kameraden und Arbeiter!

Nach hellem Nimmern kehren unsere tapferen Krieger in die Heimat zurück, nicht als Sieger, aber auch nicht als Geschlagene. In der Heimat haben sie eine furchtbare Uebermacht widerstanden und Unerschrockenes vollbracht. Der Willkomm in der Heimat soll daher nicht weniger herzlich sein. Jetzt euren Kameraden, daß das neue Vaterland ihre Taten zu würdigen und ihre großen Leiden zu adeln weiß. Dann aber muß man überall demütig sein, die heimkehrenden Kämpfer nicht durch böse Gemeinheiten, aber immerhin als freundschaftlich einladende Maßnahmen im Sicherheitsdienst zu beherzigen. Den zerstreuten Kameraden soll nach wie vor Waffen und Munition abzunehmen, Geschlossenen Truppeneinheiten sind die Waffen unter allen Umständen zu belassen. Alle etwa hieran getätigten Befürchtungen entbehren jeglicher Berechtigung, denn wir wissen aus Erfahrung mit den Vertretern von Soldatenräten des Heeres, daß die Fronttruppen uneingeschränkt auf dem Boden der aus unserer Hauptstadt Umwälzung hervorgegangenen Regierung Ehre- und Ansehen. Mit den Arbeiterbrüdern in der Heimat will auch das Heeres die Demokratisierung und Sozialisierung unseres Landes. Deshalb erhebt es auf das stärkste Einspruch gegen alle Bestrebungen, die dahin führen, das Inland belagern der von der jetzigen Regierung geplanten Nationalversammlung zu hinterzuziehen. Die Fronttruppen wollen über den weiteren

Ausbau des Reiches mitentscheiden. Das Heer will den Frieden und den geordneten Aufbau des neuen Reiches und lehnt den Gedanken ab, den Sieg über die bisherigen Diktatoren zur Erreichung einer neuen Diktatur zu missbrauchen. Will diese den erlösten Frieden zerstören und das deutsche Volk dem Hungertode preisgeben kann!

Kameraden und Arbeiter! Von hellem Herzen dankt Euch das Heer für Eure herrliche Tat in der Heimat. Ihr habt die lang ersehnte Verfassung Deutschlands durchgeführt und den heimkehrenden Kämpfern die Freiheit gewährt für ein allseitiges Gelingen. Wo aber der Versuch gemacht werden sollte, unter Ausschaltung des Heeres und aller von dem arbeitenden Volk stets verlangten Demonstration über den endgültigen Ausbau des Vaterlandes zu beschließen, bitten wir Euch, sich jenem Schreibe mit allen Mitteln zu widersetzen.

Kameraden und Arbeiter! Wir leben unter Vertrauen in Euch und bitten Euch mit einem Satz auf das neue Vaterland!

An alle Soldatenräte des Reiches! Kameraden!

Nachdem das Reich an den Rückstellungen der allmählich anfallenden Reparationen und dem durch die Verhältnisse bedingten Verlust von neuen Geschützen, während wir die Waffen aus der Hand zu legen gezwungen sind, will das neuerrichtete Volk unsere ausrichtliche Lage mitbestimmen. Wir bitten das Reich, sich dem großen deutschen Vaterland anzuschließen. Unter aller Bedingung werden wir nicht zugeben, daß unser Vaterland der Willkür der ausländischen Feinde anheimgegeben werde und daß die Hand der polnischen Brandherren unterstellt werden können.

Kameraden! Wenn solche Vorfälle lauten wie sie müssen uns nicht diese Entscheidung vor Schicksal und Willkür eines Einzigen und anstößigen müssen wir uns um unsere vom Vertrauen des deutschen Volkes entgegengebrachten Lehren. Nur dann wird sie das Volk zu einem Bewußtsein um einen Väterlichen Ansehen der das deutsche Volk nicht nur nationaler Zurechtweisung und auch ihm das Recht auf Selbstbestimmung aber Großes Hauptquartier, 24. November 1918.

## Die P.-G.-G.

Berlin, 24. Nov. (WB.) Im Einvernehmen mit den zuständigen Behörden wird anordnet, daß die Zentral-Entscheidungskommission für den Reichsbereich des Reichsbereichs, dem dem Staatssekretär des Reichsbereichs unterstellt wird.

gez. Ebert, Haack.

## Ein Jüngerer.

Der Volksminister erläßt folgende allgemeine Verfügung: Allgemeine Verfügung vom 23. November über die Gewährung von Straffreiheit: 1. Nach Ziffer 6 des Reichsgesetzes vom 12. November (R.G.-Bl. S. 1303) ist für alle politischen Straftaten im Falle der Verjährung die Verjährung unabhängig von der Verjährung der Straftaten. 2. Auch wenn nicht politische Strafen ist ein Verjährungsgesetz über die Gewährung von Straffreiheit zu erwarten. Schon jetzt werden die Strafverfolgungsbehörden angewiesen, eine Verjährung von Strafen, die nicht schwerer sind als drei Monate Gefängnis nicht mehr einzuleiten, bereits angetragene Strafen von nicht mehr als drei Monaten alsbald zu unterbreiten.

Berlin, den 23. November 1918.

Dr. Spahn.

## Der Heimmarsch der 6. Armee.

Köln, 23. Nov. (WB.) Als Spitze der 6. Armee ereichte heute morgen die deutsche Jäger-Division, die zu Beginn der ersten deutschen Offensive in Italien aus Jäger-Bataillonen zusammengestellt wurde, und eine kurze, aber rühmliche Vergangenheit hat, das Weichbild der Stadt Köln. Jubelnder Sang begrüßte die unbeflegten Felder. Festlich gekleidete Schülerinnen und Damen des Frauenvereins schickten die Heimkehrenden mit Blumen und wertigen Liebesgaben. Die Marschpfeifen bilden ein wogendes Meer von Farben, Girlanden und zahlreichen Instrumenten, an Randelstern über die Straßen gespannte Tücher geben der aus tiefstem Herzen quellenden Dankbarkeit der Heimat unseren Frontkämpfern gegenüber Ausdruck.

Düsseldorf, 23. Nov. (WB.) Die Fronttruppen erreichten jetzt auch den Niederrhein. Nachdem in den letzten

Tagen große Hügel Panzerwagen, Automobilschlösser, Sanitätsfahrzeuge, Viehtransporte und kleinere Abteilungen Fußtruppen von der Gruppe den Rhein überschritten hatten, trat heute die Spitze der 4. Armee in Köln ein. Am Morgen geschloßen und in guter Ordnung über ein. Die Rheinbrücke und zahlreiche Häuser der Stadt trugen die ursprünglichen Farben und Bannentücher. In allen Straßen sind Flaggen gehißt. Den Heimkehrenden wird ein herzlich willkommen von der Bevölkerung bereitet. Auf den entzerrten Wegweiser vollzieht sich der gewaltige Verkehr, der nicht nur die innere Stadt herumschleift, sondern auch die Störung. Vor der Betrieb der elektrischen Vorortbahnen über die Rheinbrücke ist zeitweilig eingestellt.

## Zieher die Waffenstillstandsbedingungen

wurden von einem Mitglied der Deutschen Waffenstillstandskommission der „Voll. J.“ folgende Einzelheiten mitgeteilt: Als wir am 8. November die französischen Linien erreichten, fanden in November die feindlichen Ragen bereit, nur nach dem uns bekannten Ort der Verhandlungen zu fahren. Diese Lage ist mit den französischen Offizieren bereits zehn Stunden, und es ist sehr wahrscheinlich, daß man sie mit Mühe verlängert hat, um uns fern und weit durch die zerstörte Gegend zu führen und uns durch den Augenblick auf das vorzubereiten, was sich uns an Holz und Nahrung nur noch in Gestalt einzelner Verpflegung darbieten würde. Wenn sich irgendwo ein Zug für uns bereit. Die Wasserentwürfe waren verhängt, und als wir am Morgen erwachten, fand der Zug mitten im Weichbild. Jetzt wissen wir, daß wir im Wald von Compiegne verhaftet haben. Bislang war es eine Maßregel der Notwendigkeit für uns, daß man uns in seine Stadt führte. Bisher ist die feindliche Gewalttätigkeit der Bevölkerung. Auf der Eisenbahnlinie in dem von Truppen abgeperrten Wald standen nur zwei Hügel, den einen berebte sich und die Seinen, der andere war der unrichtig. In diesen zwei Hügel haben wir drei Tage lang gewohnt, gearbeitet und berieten. Jeder Zug war mit Schloßwagen, großen Solomannern und Speisewagen sehr bequem eingerichtet. Die Vorführung des hohen Offiziers französischer Offiziere, die mit uns im Bureau verhandeln, erfolgte mit sehr feinem Grube. Marcellus hat, der sich nur einmal, zu Anfang und zum Schluß, zeigt, ein feiner, nächster Mann über 60 Jahre, äußerlich eher dem Tonus des wackeligen Offiziers ähnlich, empfangt uns mit den Worten: „Was wünschen Sie?“ und lud uns in dem großen mit Wasser und Karten ausgefüllten Kofferwagen um sich ein. Er hat sich bei aller Kälte nicht kaltlos und heiß benommen. Die Mitglieder der generellen Kommission bestanden nur aus Offizieren. So hat das militärische Deutschland durch zwei Kämpfer dem in dieser Stunde ähnlich militärischen Frankreich gegenüberbestanden. Der General behielt in allen seinen Abgängen dieselbe Haltung, durch kein einziges im menschliche hinüberfließende Wort gemilderte Kälte bei, die der Marcellus angenommen hatte. Höflichkeit von seinem Generalkommando, der den eifrigsten Namen Raymond führte konnte man vielleicht eine größere Höflichkeit bemerken. Nachdem der englische Admiral Klop sich dem allgemeinen Ton der Franzosen an. Inzwischen waren wir war nicht behindert durch den Eisensturm dinstrierte Tapschen nach Hause zu schicken. waren aber unterdessen in diesem einsamen Walde mit den beiden Behältern von jedem Witterwechsel abschneiden. Kurze konnten Zeitungen in zwei Stunden von Paris herankommen. Am Sonntag wurden uns Pariser Blätter mit der Abhandlung des Kaisers schmeichelnd überreicht. Wir haben kein Leben, keinen Triumph in ihren Augen gesehen, aber wir sehen in ihr Herz. Durch den Verlust sind unsere Arbeiten eigentlich nicht gestört worden. Unsere Akkordisten, die übrigens nur auf die „deutsche Regierung“ lauten, behielten ihre Gültigkeit. Ueber die deutschen Militärbehörden linst des Rhein, namentlich kommt die Lebensmittel in Frage kommen, ist folgendes bestimmt worden: Die Lebensmittel werden in erster Linie den durchmarschierenden Truppen zur Verfügung. Jeder Soldat erhält an Lebensmittel so viel er tragen kann. In den linstgeheindigen Gebieten ist in weiten Kreisen die Bevölkerung vertrieben, daß die feindliche Heeresleitung die in mehrheitlichen hier lebende männliche Bevölkerung entweder als Knechtgefangene oder zu Arbeitszwecken nach Polen und nach Norddeutschland abführen lassen werde. Die Verbringung einbezieht jeder tatsächliche Unterlage. Weiter heißt es: Es vernehmen sich insofern des aufzunehmenden überleitenden Rückganges die Marschleistungen des deutschen Heeres, trotz des hoher günstigen Wetters. Die Franzosen scheinen sich auf keine Verlängerung der Räumungsarbeiten einlassen zu wollen. Eine Kolostruppe, d. h. die Auflösung des Heeres und ungeordnet zurückströmen unter Führung des Landes, bemanneter Menschenstand gegen den nachrückenden Feind, kann jederzeit eintreten, namentlich wenn schlechtes Wetter eintritt.

## Keine Wilderung.

Spea, 24. Nov. (WB.) In der heutigen Plenarsitzung der Waffenstillstandskommission leitete General Rudant mit, daß

Marshall Koch die in dem Schreiben der deutschen Waffenstillstandskommission erbetenen Bedingungen der Waffenstillstandsbedingungen — insbesondere also die Verlängerung der Rüchenschaft — abgelehnt habe und zwar ohne irgend welche Begründung für diese Ablehnung zu geben. Als darauf nochmals an Hand der Karte, unter Angabe von Zahlen aufgeführt wurde, daß es lediglich unerschwinglich sei, in den festgelegten Fristen eine Armee von über 3000 000 Mann in Ordnung auf schlechten engen Straßen über die wenigen Rheinbrücken zu verfrachten, erklärte General Ludowik, daß er bereitwillig Mittelungen hinsichtlich nicht mehr entgegennehmen werde. Die Schwierigkeiten seien wohl bekannt, die Fristen seien aber unänderlich. Die Lage sei einmal so und nicht anders. Das sei unter schwerer Pflanz. Deutschland habe die Waffenstillstandsbedingungen angenommen. Wenn es dies nicht getan hätte, so würde seine Lage nicht besser.

General Winterfeldt verlas darauf die Protokolle auch in den Beratungen der Sonderkommissionen für Materialfragen, Transportfragen, Geländekarten usw. zeigen die Franzosen das gleiche Bild des Siegers, der rücksichtslos keine Rücksicht auf die Forderungen der Besiegten nimmt. Die Forderungen, die bezüglich der Bekämpfung des Krieges auszugehen, sind hinsichtlich dessen Vereinfachung und Vereinfachung erlassen werden, sind rücksichtslos unerschwinglich. Obwohl Marshall Koch bereits bei der Unterzeichnung des Waffenstillstandes auf die Unerschwinglichkeit der Bedingungen hinsichtlich der Bekämpfung des Krieges hingewiesen hatte und dieser Hinweis seitdem nicht wiederholt worden ist, so läßt er offenbar keinen Zweifel daran, die aufzunehmenden Bedingungen aus Rücksicht zu kleiner Grenzen auszulassen und mit größter Strenge durchzuführen. Obgleich darauf, auf Tausende, vielleicht Hunderttausende auf dem Rückzug vor Erkennung am Wege umkommen oder in Gefangenenschaft geraten. Auch ob unter ansonsten Transport- und Ernährungszustand vollkommen, Hunger und Armut, scheint den erbarmungslosen Franzosen gleichgültig zu sein.

### Ein Telegramm Hindenburgs.

Berlin, 22. Nov. (WB.) Generalleutnant v. Hindenburg telegraphierte am 20. November an den Kaiser Wilhelm die unter dem 20. November an die Reichsleitung:

„Die Waffenstillstandskommissionen haben die Haltung der feindlichen Mitglieder der Kommission, insbesondere der französischen, durchaus ablehnend ist, daß die Geener weiterhin Verhandlungen fordern, und daß es nicht ausgeschlossen ist, daß die Franzosen sich eines Rechtstitels für die Wiedereröffnung des Kampfes schämen wollen. Ich muß ausdrücklich betonen, daß das deutsche Volk infolge der Härte der Waffenstillstandsbedingungen und unter dem Einfluß der Erfolge in der Heimat nicht in der Lage ist, den Kampf wieder aufzunehmen. Selbst der Kampf selbst gegen die französische Armee wäre nicht möglich. Ich halte es für meine Pflicht, dies auch deshalb zu betonen, weil aus den Verhandlungen der feindlichen Seite hervorgeht, daß die feindlichen Reaktionen nur mit einer deutschen Reaktion, die sich auf die Würde des Volkes stützt, zurückzuführen werden.“

### Frankreichs Interesse an Deutschlands Zerfall.

Berlin, 22. Nov. (WB.) Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt unter der Überschrift „Frankreichs Interesse an Deutschlands Zerfall“: In einem sehr interessanten Artikel des „Temps“ kommen die französischen Blätter auf die Vermittlung Deutschlands zum Ausdruck. Der Artikel verzeichnet die kritischen Bemerkungen der Berliner Regierung, ihre Stellung zu nehmen und die Ordnung zu sichern. Die Regierung Ebert-Solf und Genossen rechnen damit, auf der Nationalversammlung eine gemäßigte, ordentliche Mehrheit zu erhalten, um die Vereinigung Deutschlands mit Deutschland vorzubereiten. Der Einfluß der Sozialdemokratie nehme aber in Norddeutschland zu. Ebert und Genossen würden daher Rufen bei den Wählern zu gewinnen und ihnen den Glauben einzuflößen, daß die Wählern ein Interesse daran hätten, die deutsche Regierung vor einer neuen Revolution zu schützen. Man könne leicht vermuten, daß der deutschen Regierung die Erlösung der Wählern erwünscht wäre, sie würden die Verhandlungen abbrechen und die Reichsregierung wieder aufnehmen, wenn die deutsche Regierung aktiviert werden würde. Dann würde Deutschland eine Niederlage durchmachen, ohne daß die natürliche Einheit und die militärische Organisation lempromittiert würde.

Dieser Artikel bedeutet also, daß der „Temps“ und seine Anhängler offen auf den Sturz der jetzigen Regierung hinarbeiten. Eine Wiederkehr der Ordnung und die damit verbundene Wiederherstellung Deutschlands ist den Franzosen, die im „Temps“ zu Worte kommen, nicht erwünscht. Im französischen Interesse liegt es vielmehr, Deutschland durch innere Wirren zerbrechen zu lassen. Dann kann das Programm der französischen Anzionisten, das weit über die Verträge hinausgeht, in aller Bescheidenheit durchgeführt werden. Die Herstellung der nationalen Einheit Deutschlands, dieses Ziel proklamiert der „Temps“ mit äußerster Offenheit. Die Anzionisten hätten sich, daß in Frankreich sehr starke Kräfte hinter dieses Programm stehen. Es geht ihnen zunächst um die Verdrängung von Fuß und Nase, dann aber um die Wiederherstellung der Vormachtstellung Frankreichs in Europa, deren Vorbedingung die Zerfleinerung, Beschränkung und Vereinfachung Deutschlands ist. Soll das Ziel nur durch eine neue Revolution in Deutschland erreicht werden können, den Franzosen wäre es recht. Ihnen wäre es nicht zum Schaden!

### Fein Verhandeln mit den Räten.

Genf, 23. Nov. Pichon hat sich am letzten Dienstag im Kammerauschuß dahin ausgesprochen, daß mit den Bolschewisten der deutschen Soldaten- und Arbeiterräte aus über die Verlängerung des Waffenstillstandes nicht mehr verhandelt würde.

Rotterdam, 23. Nov. Die „Times“ melden: Die liberale Unterhauspartei hat am Donnerstag eine Besprechung zur Friedensfrage abgehalten. Die Partei ist vor Auffassung, daß die letzte deutsche Revolutionsregierung eine ihre bestmögliche Bestätigung durch eine eingehende Konferenzsetzung nicht als eine Reaktion angesehen werden dürfe, mit der England Frieden schließen könne.

### Haß und Mißtrauen.

Berlin, 24. Nov. (WB.) Von gut unterrichteter Seite erfahren wir folgende Tatsachen, die weit eindringlicher Zeugnis geben, mit welcher unverhohlenen Haß und Mißtrauen der Franzose die Waffenstillstandsbedingungen durchzuführen gedenkt: Die deutschen Delegierten bei der Waffenstillstandskommission in Spa haben einen außerordentlich schweren Stand. Marshall Koch besteht in allem auf seinem Schein und hält seine Vertreter an, die Erfüllung der ungeschwächten und zum größten Teil praktisch unerschwinglichen Bedingungen des Waffenstillstandes rücksichtslos durchzuführen. Alle von den deutschen Vertretern vorgeschlagenen Vereinfachungen und Poststellungen bleiben gänzlich erfolglos. Der Geener will sich eben nicht überlegen lassen und verhält sich Tölpelhaft gegenüber, die auf jeden militärischen Sachverhalt oder jeden feineren wirtschaftlichen Verhältnis ohne weiteres übergehend wirken möchten, gänzlich ablehnend. Die Rufen, welche die Durchföhrung der maßlosen Bedingungen auf das Bierklosterleben, auch auf das der Entente, sowie auf die Ernährung und die innerpolitischen Zustände des deutschen Volkes haben müssen, haben trotz eindringlicher Darlegungen seitens der deutschen Vertreter bisher nicht die geringste Beachtung gefunden. Das deutsche Volk darf sich keinerlei Illusionen hingeben. Es hat einen erbarmungslosen Feind vor sich, der nicht verhandeln, sondern diktieren will, der nicht an Höflichkeit denkt, sondern mit roher Gewalt einen Teil der Bevölkerung, die er von dem Friedensschluß erwartet, schon während des Waffenstillstandes in die Schere zu bringen hofft. In der Sitzung vom 21. November hat der Vorsitzende der deutschen Kommission General v. Winterfeldt noch einmal feierlich gegen eine derartige unangehörige Durchföhrung des Waffenstillstandes Protest erhoben. Der Protest wurde von dem französischen Vorsitzenden mit den Worten entgegengenommen: Il n'y a pas de reponse à donner. (Eine Antwort erübrigt sich).

### Wilson in Europa.

Bern, 21. Nov. (WB. Nichtamtlich.) Der amerikanische Pressedienst meldet aus New York nach Belandung der Reise des Präsidenten nach Europa betonen die Zeitungen die folgenden Tatsachen. Einige der Zeitungen betonen die Reise als nicht dem Besten entsprechend, da das Haupt der Nation das Land während der Abwesenheit nicht verlassen soll. Andererseits betonen, daß Präsident Taft und Präsident Roosevelt Panama und Mexiko besucht hätten. Der Sozialistische Republikan führt aus: Es ist ein fester Entschluß, den der Präsident selbst ist, aber lower diejenigen, die aus dem verschiedenen Gründen an der Nichtreise dieses Schrittes anzuweilen haben müssen ablehnt zuweisen, daß der Präsident besser in der Lage ist, über die dringende Notwendigkeit derselben zu entscheiden. Die hiesige Opposition werden diejenigen machen, die offen oder im Geheimen das Scheitern einer Grundidee erhoffen. Es ist aus der Zeit, daß der Präsident der Vereinigten Staaten den Ocean überstiegen. Es ist ein bedeutungsvoller und insbesondere auch der Bestimmung als die Entsendung von zwei Millionen Mann nach Frankreich. Wenn Wilsons Anwesenheit am Besten geeignet zu einem Fortschritt führt, der einen weiteren Krieg unmöglich macht, so können die Weltmänner über die Zulässigkeit dieses Schrittes unmöglich geistlich sein. New York stellt sich dementsprechend und hat: Es ist unerschwinglich, daß der Zweck der Wilsonschen Reise ist, sich in eine Lage zu versetzen in der er seine Ansichten mit größter Nachdruck vertreten kann. Aber wo in Europa findet sich eine Tribüne für eine solche Reden? Man wird erwarten, daß in dem Saal des Kongresses in Washington die Baltimore Sun hat: Die Art von Frieden, die Herr Wilson wünscht, ist, wie wir glauben, diejenige, welche der Welt am besten dienen wird. Er verführt über einen Einfluß, der in gewisser Hinsicht größer ist als der irgend eines anderen Staatsoberhauptes. Dieser Einfluß ist teilweise ihm selber, teilweise seiner Stellung zu verdanken, jedoch am meisten der Tatsache, daß Wilson in dieser Frage keine eigennützigen Ziele verfolgt.

### Darum Völkerverbund.

Rotterdam, 20. Nov. „Daily News“ melden unter dem 19. aus New York, daß die Zeitung „New Republic“, ein Blatt das gewöhnlich als Sprachrohr Wilsons dient, gestern einen sehr bemerkenswerten Artikel veröffentlichte, worin sie darlegt, weshalb ein Völkerverbund gegründet werden müsse. Das Blatt legt auseinander, daß England das Hauptbedienstete habe, mit seiner Flotte Deutschland als Weltmacht besieg zu haben. Englands Position sei jetzt viel mächtiger als nach Waterloo, der ganze Handel werde jetzt dem Völkerverbund der See anvertraut sein. Nur in den Vereinigten Staaten habe England einen Konkurrenten, mit dem es zu rechnen haben wird. Das Blatt meint dann, daß, falls sich die beiden Mächte zu einem Zusammenwirken einigen können, es noch schwerere Konflikte geben könnte, als jene, die zu diesem

Kriege geführt haben. Ein Zusammenwirken beider Flotten, um den englisch-amerikanischen Kapitalismus den Trübsal eine bevorzugte Stellung im Handel und in der Industrie zu schaffen, würde für die Dauer einer Weltkriege der anderen Völker gleichkommen, die nach einer Wiederherstellung hintrauen würden. Deshalb müsse die Gründung eines Völkerverbundes das erste Ziel sein.

### Aus Oesterreich.

Wien, 21. Nov. (WB.) Die Korrespondenz der deutschen Reichsregierung Nationalversammlung veröffentlicht Mitteilungen über die Heimbewegung der Truppen und Kriegsangehörigen, wonach die Beförderung der Menschenmassen sich in völlig zufriedenstellender Weise vollzogen hat. In den Wiener Bahnhöfen kamen seit Beginn November 920 000 Militärpersonen an, während 1 065 000 abgefördert werden mußten. Um den Industrielleben, welche für Kriegslieferungen beschäftigt waren und dadurch in Schwierigkeiten geraten sind, daß das Kriegsministerium bei seinen Zahlungen mit außerordentlich hohen Preisen im Rückstand blieb, Hilfe zu gewähren, hat der Staatsrat beschlossen zu erklären, daß der deutsch-österreichische Staat von den Forderungen welche Industrie und Gewerbe auf dem Gebiete des deutsch-österreichischen Staates gegenüber dem früheren Kriegsministerium geltend machen, einen entsprechenden ausgemessenen Anteil an der nächsten Schuld übernimmt. Das Staatsamt für die Finanzen wird ermächtigt, auf diese Forderungen unverzüglich einen Vorstoß zu geben.

Wien, 21. Nov. (WB.) In der heutigen Volksversammlung des Verbandes der deutschen Nationalen Parteien wurde einstimmig der Beschlusse der deutsch-nationalen Partei der deutschen Republik und der deutsch-österreichischen Vereinigung beschlossen und vollzogen. Die drei Ehemänner wurden beauftragt, der nächsten Volksversammlung die näheren Organisationsbestimmungen vorzulegen. Die neue Partei zählt 85 Mitglieder.

### Die lieben Voten.

Berlin, 22. Nov. (WB.) Ueber den Abtransport des in Berlin tätig gewordenen Personal der Polizeiverwaltung wird berichtet. Das etwa 650 Personen starke Personal darunter 250 weibliche Angehörige, mußte in der Nacht vom 21. auf den 22. November von russischer Seite sich auf dem Bahnhof begeben. Es wurde jedem gestattet drei Hemden, drei Unterhosen und drei Paar Stiefel mitzunehmen, sowie sich mit Lebensmitteln für einige Tage zu versehen. Das ganze übrige Hab und Gut mußte zurückgelassen und oft als verloren. Auf dem Bahnhof mußte das Personal in kalter Nacht nach 6 Uhr morgens warten. Der Ausmarsch war erst in Bewegung, nachdem der Kommandant der Soldaten der Polizei sich auf dem Bahnhof verabschiedet hatte. Die Nacht selbst fand im Wachen statt, wobei sich auf dem Bahnhof verabschiedet wurde. Die russische Verwaltung war sehr freundlich. Kurz vor der Grenzüberquerung mußte das Personal umziehen, da die Polen Bedenken hatten, die Wohnwagen nach Deutschland überzuführen. Der Weitertransport erfolgte nunmehr in offenen Achsenwagen, worin das Personal die mehrere Tage dauernde Fahrt aushalten mußte. Durch den Verlust des Gepäcks sind die Beamten, namentlich die weiblichen, sehr mitleidig. Teilweise verloren sie die ganze Habe. Auch auf Schwerkranken wurde beim Transport keine Rücksicht genommen.

### Die Dinge in Rußland.

Moskau, 21. Nov. (WB.) Die Ententemächte veröffentlichen einen Aufruf an die Bevölkerung Rußlands, worin sie bekannt gemacht wird, daß sie den Einzug in Sibirien vorbereiten, um in Rußland wieder die Konstitution einzuführen, die Würdenträger des Bolschewismus zu zerschlagen und die Verfassungen und ihre beteiligten Forderungen für konstitutiv zu erklären. Die Ententemächte erkennen in Rußland nur die gegen die Sowjetregierung kämpfenden Truppen an. Als solche werden die freiwilligen Rekruten und Kolonnenarmeen angesehen. Von allen anderen Organisationen verlangt die Entente die Herausgabe der Waffen.

### Russische Konzentrationen.

Stockholm, 21. Nov. (WB.) In Rußland herrschen an verschiedenen Stellen schwere Konzentrationsbewegungen. Die Kiewer Bahn ist hellenweise zerstört. Die Lage der Sowjetregierung gestaltet sich immer schwieriger.

Charbin (ohne Datum). (WB.) Neuer meldet amtlich: Wegen der kritischen Lage in Rußland hat die Regierung in Omsk beschlossen, Admiral Koltchak mit den Besatzungen eines vorläufigen Vertriebes auszusenden.

### Gegen den Berliner Radikalismus.

Darmstadt, 22. Nov. (WB. Nichtamtlich.) Der heilige Arbeiter, Bauern- und Soldatenrat hat in seiner heutigen Volksversammlung den Beschluß, nachstehenden Aufruf an alle Soldaten und gleichzeitigen norddeutschen Arbeiter, Bauern- und Soldatenräte zu senden: Der heilige Arbeiter, Bauern- und Soldatenrat verlangt im Einverständnis mit der heiligen Regierung von der Reichsregierung die unannehmbare Einbeziehung der Nationalversammlung, die die allein wirkliche Vertretung des deutschen Volkes darstellt. Er lehnt eine Diktatur irgendwelcher Klassen ab. Der heilige Arbeiter, Bauern- und Soldatenrat bittet die süddeutschen Arbeiter, Bauern- und Soldatenräte und die norddeutschen Arbeiter, Bauern- und Soldatenräte die gleiche Gesinnung haben, gemeinsam mit dem heiligen Arbeiter, Bauern- und Soldatenrat von der Reichsregierung abgesehen zu verlangen. Der heilige Arbeiter, Bauern- und Soldatenrat ist der Ansicht, daß im Falle, wo die Reichsregierung die Nationalversammlung nicht baldigst einberufen

lann und eine Diktatur in Berlin aufkommen sollte, die die deutschen und die gleichgesinnten norddeutschen Arbeiter, Bauern und Soldaten gemeinsam mit den Regierungen die Einberufung der Nationalversammlung in eine jüdischen Hauptstadt veranlassen sollen.

## Hiel gegen Berlin.

Miel, 23. Nov. (WB.) In einer heute nachmittag von etwa 800 Vertrauensleuten aller Formationen der Schiffe besetzten Versammlung widerlegte Gemeineweiser Kasse die politische Lage und besprach danach die Veruche, die Reihen der Arbeiter und Soldaten durch Zwietracht zu zerplittern. Seine Aufgaben über die letzten Frontstreife der Sparta-Kasse in Berlin dringten die Versammlungen in lebhafter Enttäuschung, die keinen Zweifel darüber bestehen ließ, daß die Annäherung des sogenannten Berliner Volksrates, neben oder über der Regierung seinen Willen durchzusetzen und dem deutschen Volke aufzuzwingen, aufs entsetzlichste jurisdiktionen entlassen sind. Es wurde sodann mit allen gegen vier Stimmen folgende Entschliessung angenommen: Mit Enttäuschung haben die Vertrauensleute der Kasse die Vorgänge von den Vorgängen in Berlin kennntnis genommen. Sie verurteilen die Gewaltstreife keiner Minderheiten auf das allerentschiedenste. Die große revolutionäre Bewegung darf nicht zerplittert werden, sondern ihre Einheitslichkeit und Selbstständigkeit ist zu bewahren. Die Regierung ist bei ihrer Politik zu unterliegen, die bezweckt, den darbenenden Volksmassen möglichst rasch Frieden, Brot und Arbeit zu sichern. Dazu ist die Einberufung der Nationalversammlung auf einen Zeitpunkt erforderlich, an dem obrungsmäßige Wahlen möglich sind. Den Gedanken an die Aufrechterhaltung einer Herrschaft und darüber hinausgehen die Vertrauensleute aufs nachdrücklichste ab.

## Gegen Berlin.

Kasseler, 21. Nov. Die Volkserregungen in Bayern und Württemberg, sowie die maßgebenden Stellen in Köln und Düsseldorf haben sich mit der badischen Volksregierung dahin verständigt, daß sie unter allen Umständen gewillt sind, gegenüber den Forderungen der Liebeswehrtruppe zusammen zu gehen und im äußersten Falle nicht vor der selbständigen Regelung der Geschäfte Süddeutschlands und der rheinischen Städte halt machen würden. Die Gefahr, die der Entlassung der Volksfreiheit von Berlin drohen könnte, würde dadurch ausgeschlossen, daß bei einer Selbständigmachung des deutschen Südens wesentlichst Frankfurt der Vorort des neuen deutschen Staates werden würde.

## Die Stellung der Nationalliberalen

Berlin, 21. Nov. Der Zentralvorstand der national-liberalen Partei richtet einen Aufruf an seine Parteifreunde, in dem zunächst die Verhandlungen mit der fortschrittlichen Volkspartei über eine Vertretung der beiden liberalen Parteien geschiedet werden und dann wird gesagt, durch das Dazwischentreten der neuen demokratischen Partei seien die Verhandlungen gescheitert. Denn die national-liberalen Partei könne die von dieser neuen Partei aufgestellten Forderungen nicht vertreten. Deshalb sei die national-liberalen Partei genötigt, selbständig in den Wahlkampf einzutreten, und zwar werde das geschehen mit einem neuen Programm, dessen wichtigste Forderungen seien: Ruhe und Ordnung im Innern und deshalb Unterstützung aller Verordnungen der Regierung, die auf dieses Ziel gerichtet seien. Weiter sei zu verlangen: Schleunige Einberufung der verfassungsmäßigen Körperschaften ohne deren Zustimmung alle Änderungen anderer Staatsverfassungen und unseres Wirtschaftsverhältnisses ungeschicklich bleiben und ungeschicklich bleiben müssen, und endlich eine internationale Verbeistimmung des Friedens, damit die neuen Aufgaben des deutschen Staates und der deutschen Wirtschaft sofort in Angriff genommen werden könnten. Zum Schluß bittet der Zentralvorstand um Treue und Unterstützung der alten Partei.

## Gegen den Bolschewismus.

Die „Sozialistische Korrespondenz“ erkennt sehr deutlich: Die Entente läßt auch nicht den mindesten Zweifel, daß sie ein Hebergreifen des Bolschewismus auf Deutschland mit allen Mitteln veruchen will. Und die Reichsbehörden, die alle diese Warnungen nicht achten zu müssen glauben, müssen doch vor der neuen rote Diktatur machen, die Vorkriegs-Willens von die deutsche Regierung gerichtet hat und in der die Einberufung von Lebensmitteln ausdrücklich davon abhängig gemacht wird, daß in Deutschland nachweislich die öffentliche Ordnung besteht und fortbestehen wird und daß eine gerechte Verteilung der Lebensmittel nachweislich verbürgt werden kann.“ Diese ausdrücklichen Erklärungen bedürfen die vertraulichen Nachrichten, die der Reichsregierung aus dem neutralen Ausland seit Sonntag herausgekommen sind und in denen mit äußerster Schärfe die Verleumdung der deutschen Volkserregung von der Vermeidung des Bolschewismus abhängig gemacht wird. Diese Informationen geben sofort mit dem Einrücken der ententischen Truppen im Falle eines Einbruchs die Drohen und die furchtbare Wirklichkeit sofort dann schon in Aussicht zu stellen, wenn die russische Gefährlichkeit unter Toffes Führung aus Mitot nach Deutschland zurückkehren sollte. Chorleiterweise wird hinzugefügt, daß die ententischen Besatzungstruppen das Leben der bolschewistischen Herrscher in Deutschland nicht verbürgen können.“

Die „Times“ melden aus Kopenhagen: Kaufing erklärte im Reichstag die Militären seien bereit, mit Deutschland einen Vorstößen abzuweichen. Ein ententlicher Friedensschluß sei aber ein nach Herstellung der vollkommenen Friedensverhältnisse

Freiheit durch eine offen Parteien gerecht werdende Verhältnisse möglich. Weder eine kapitalistische noch eine sozialistische Republik sei der Ausdruck des deutschen Volkswillens sondern eine Republik, die alle Staatsbürger umfaßt. Experimente dürften bei den Militären auf Widerstand stoßen. Dem „Dankspruch“ zufolge haben Lord George und Balfour in Besprechungen mit Mitgliedern des Unterhauses keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Militären keine sozialistische Republik in Deutschland anerkennen könnten und mit dieser keinen Frieden schließen würden. Die Militären verlangten auch für Deutschland die Gleichberechtigung aller Parteien und eine Verfassung, die für alle Parteien den Terrorismus einer einzelnen Klasse verhindere. Durch Rußland gewarnt, würden die Militären ohne Sicherstellung der absoluten Freiheit in Deutschland nicht an einen Frieden, auch nicht an einen demokratischen Frieden denken können.

## Ein Revolutionsgericht.

In einer der letzten Sitzungen des Arbeiter- und Soldatenrates berichte Dr. Wolf im Namen des Rechtsausschusses über seinen Antrag betr. die Einrichtung eines Revolutionsgerichtes das sich aus den Bürgern Meier, Telp, Loos, Nordmann, Müller, Schäfer und des Antagonisten zusammensetzt. Die Verbrechen des Raubes, Mordes, der Plünderungen, wegen die Sittlichkeit und gemessenes Vorgehen gegen die frühere Regierungsgewalt sollen mit dem Tode bestraft werden.

In der Aussprache bringt Bürger Müller formelle Bedenken vor.

Bürger Döcker: Wir wollen, daß Hellen der Schöpfer wieder bolschewistischer noch monarchistischer Umtriebe wird. Es muß alles getan werden, um unser Land vor einer solchen Katastrophe wie in Rußland zu schützen. Das Gericht ist nur für die kurze Zeit bis zur Wahl der verfassunggebenden Versammlung gedacht. Wir wünschen alle, daß das Gericht nicht ein einzelnes Urteil zu fällen genötigt ist, daß es überhaupt nicht in Tätigkeit tritt. Es soll ein Präsidium sein. Bürger Müller und Soltau halten es für überflüssig, in Hellen selbständig vorzugehen. Man soll ein entsprechendes Gesetz an das Reich richten. Nachdem Bürger Wolf nochmals die bestehenden Bedenken zu präzisieren versucht hatte, wurde der Antrag gegen drei Stimmen angenommen.

## Der Bundesrat besteht zu Recht.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht unter dem Datum des 14. November folgende Verordnung über die Ernennung des Bundesrats zur Ausübung von Verwaltungsbefugnissen:

§ 1. Der Bundesrat wird ermächtigt, die ihm nach den Gesetzen und Verordnungen des Reiches zugehenden Verwaltungsbefugnisse auch fernerhin auszuüben.

§ 2. Diese Verordnung hat Gesetzeskraft und tritt mit Verkündung in Kraft.

Der Rat der Volksbeauftragten: Ebert, Haase, Der Staatssekretär des Innern i. V.: Dr. Dewald.

Damit stellt sich die gegenwärtige Reichsleitung auf den verfassungsmäßigen verfassungsmäßigen Standpunkt, daß der Bundesrat nach wie vor zu Recht und Kraft besteht.

Was das Schicksal des Reichstages anbelangt, so steht die Regierung nach wie vor auf dem Standpunkt, daß sie den Reichstag als bestehende Körperschaft nicht mehr anerkennen kann. Die Verfassung behauptet Befugnisse beim Bundesrat ist darauf zurückzuführen, daß der Bundesrat neben seiner gesetzgeberischen Tätigkeit auch eine Reihe von Verwaltungsaufgaben hatte, die ebenso verbleiben sollten, wie andere mit der Verwaltung beauftragte Instanzen und Beamten.

## Die Ursache des Eisenbahnunglücks bei Hammont.

Köln, 20. Nov. Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Mündens-Gladbach:

Von den Lokarbeitsgängen, die von der Explosion bei Hammont betroffen worden sind, sind zwei durch Holland nach Mündens-Gladbach gebracht worden. Die Güter befinden sich in einem unbedenklichen Zustand. Keine einzige Schiene ist mehr ganz; im Innern herrscht völliger Wirrwarr. Die gereinigten Soldaten erzählen, daß ein dritter Lokarbeitsgang völlig verdonnert ist. Die Meinungen darüber, ob Bepfister mit Sandgranaten oder Maschinengewehren geschossen haben, gehen auseinander. — Es ist jedoch bestimmt, daß der Wankung in die Luft flog und dadurch die vier in der Nordost-Luft befindlichen Lokarbeitsgänge so schwer betroffen wurden.

## Vermittlung des Papstes.

München, 21. Nov. (WB.) Auf die Bitte des Erzbischofs Faulhaber, der heilige Vater möge sich bei den Ententeregierungen um die Aufhebung der Verbote bemühen und sich für die Einfuhr von Lebensmitteln nach Deutschland verwenden ist nachstehende Antwort auf dem päpstlichen Staatssekretariat eingelaufen: Seine Heiligkeit, welcher sich bereits bei dem Präsidenten der beteiligten Staaten um eine Milderung der Bestimmungen des Waffenstillstandes und für die Lebensmittelerleichterung verwendet hat, hat auch jetzt gleich bei dem amerikanischen und französischen Episkopat sowie bei der englischen Regierung Schritte getan.

## Gillige Waren.

Der hiesige Arbeiter- und Soldatenrat erteilt Aufrufe, noch der Auslieferung der Antan von Militärischen und Auslieferungsgesellschaften aufs strengste verboten ist. Gewiß soll nicht kleinlich abhandelt werden; aber welche Verträge gegen

dieses Verbot vorzukommen, zeigen Vorfälle, wie sich in der Umgegend von Friedberg bisher ereignet haben. Wie es sich um Nahrungsmitteln handelt, die in geringer Menge gekauft wurden, so würde der Arbeiter- und Soldatenrat über nichts dagegen eingemeldet haben. Dennoch macht er sich zur Pflicht, im Interesse des Ganzen, gegen solche Verträge einzuschreiten, die in Rußland sich vor einigen Tagen ereignet haben. Es mag hinzugefügt werden, daß Rußland nur eines unter vielen Beispielen ist. Wie unermesslich man dort gehandelt hat, mag aus folgender Zusammenstellung hervorgehen: Rußland hat belarben 100. Die Kaiserin Konstantine besaßen den Hofbesitz von 100. 50 — für zwei Eod (1 1/2 Jtr.). Eine große Zerstörung kostete 100. — Strohlände waren für 100. — zu haben. Zwei gute Militärs wurden für 100. 1250 erworben. 100 Edele wurden kostenlos abgegeben. Ein tabelloses Pferd mit ganzem Wagen wurde für 100. — gekauft. Dies sind nur einzelne Beispiele. Im ganzen wurden gegen 50 Personen ermittelt, welche Militärgut auf diese Weise sich angeeignet hatten. Militäre waren es Landwirte Selbst angenommen, daß diese die Verbote nicht gekannt haben, so war es ihnen jedoch bekannt, daß derlei Sachen nicht veräußert werden dürfen. Der rüchliche Wei — auch für Militärvorposten — ist der, daß man sich an Bekleidungen wendet. Deri würde eine getreide Verteilung garantiert und die Grenzländer würden wahrscheinlich besser besetzt werden als von Zivilpersonen, die sich auf Kosten der Allgemeinheit bereichern. Es darf dies auf keinen Fall gelassen werden. Wenn in Rußland sich hunderte Tausende mehr getrieben. Und dies bei Landwirten, die selber keine Not zu leiden hatten. Dieses Mißverhältnis wurde noch hiesigen Arbeiter- und Soldatenrat auf behaltend. Es wird der Allgemeinheit zu gute kommen. Woher soll noch herangezogen werden, daß die meisten Beispiele, die genannt wurden, die Preise waren, wie sie von Landwirten an sich selbst bezahlt wurden. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß in Wirklichkeit die Waren noch zu weit billigeren Preisen veräußert wurden. Es gibt einverleihte Leute, die auf dem Gebiete der Volkserregung den wahren Zusammenbruch für unermessbar halten. Wir hoffen, daß diese Leute die Lage zu schwarz sehen. Jedem falls aber tragen solche Vorfälle, wie sie sich in Rußland ereignet haben, dazu bei, die Schmierleistungen auf dem Gebiete der Volkserregung bis ins Unermessliche zu steigern. Jeder künftige Denker wird es daher dem hiesigen Arbeiter- und Soldatenrat zu Dank wissen, daß er schnell und energisch durchgreift.

Arbeiter- und Soldatenrat Friedberg i. S.

## Aus der Heimat.

Herderfeierungen. Von Donnerstag, den 22. November ab finden auf dem Trich in Gießen (Erziehungsplatz) täglich Herderfeierungen durch die Herderkommission Gießen statt. An der Vorbereitung dürfen sich in erster Linie nur Landwirte und Gewerbetreibende beteiligen, die durch Befehlshaber der örtlichen Behörden (Bauernrat usw.) nachweisen, daß sie Verträge an die Herderverwaltung abgegeben haben und noch nicht anderweitig ihren Bedarf an Weizen decken konnten. Sämtliche werden nicht zugelassen. Höhere Auskunft wird durch die Geschäftsstelle des Provinzialbauernrats in Gießen, Friedrichstraße 6 (Telefon 166) oder durch die Herderkommission in Gießen (Gewerkschafts-Kommando) Telefon 2115, erteilt.

Schotten, 21. Nov. Auf Einladung des Provinzialrates Schotten verammelten sich heute morgen um 11 Uhr im Gasthaus „Der Linsch“, Schotten, Vertreter aus fast allen Gemeinden des Kreises zur Gründung eines Kreisbauernrats. Herr Landwirt Cellarius, Schotten eröffnete die Sitzung und erteilte Herrn Schölerer Waaner, Gießen das Wort für das ausstellungsbefähigte Programm. Er trug die Notwendigkeit des Zusammenstehens der Bauern und ländlichen Arbeiter, Herr Kilian, Weiden erweiterte das bereits bekannt gegebene Programm. Nach seine Ausführungen fanden allgemeine Annahme. Da noch nicht in allen Orten des Kreises Bauernräte gegründet sind, wurde nur ein vorläufiger Kreisbauernrat gewählt, dem folgende Herren anwesend: Kilian, Weiden, A. Jung III., Weiden, Hofmeister Altmüller, Weiden, Jakob Gell VI., Kainach, Th. Cellarius, Schotten, J. F. Müller IV., Eichenhausen, J. Dörr, Stumpfenrod, J. Jakob, Weiden, J. Pfannhiesel, Weiden. Als vorläufiger Vorsitzender wurde Th. Cellarius-Schotten bestimmt. Das festgesetzte Programm für den Kreis Schotten lautet: 1. Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung; 2. Nachdrückliche Bekämpfung des Schleichhandels und der Konterzei; 3. Sicherung der Landwirtschaft gegen unzulässige Übergriffe; 4. Arbeitsvermittlung; a) menschliche Arbeitskräfte; b) tierische; 5. Kontrolle über die abgekauften Nahrungsmittel bei den zuständigen Verbänden durch Kommissionen aus Bauern, Bürgern und Arbeitern bestehen; 6. Engste Fühlungnahme mit den Arbeitern, Soldaten und Bauernräten; 7. Vereinfachung der Wirtschaftsausschüsse und Übernahme der Befugnisse auf den Bauernrat; 8. Alle Leiber durch Kommissionen ausgeübten Rechte geben auf den Bauernrat ab (Wirtschaftskommission usw.); 9. Beförderung der Produktionsmittel.

Aus Eisenberg.

Darmstadt, 21. Nov. Wegen fortgesetzter Unterbringung von Feldpostkolonnen aller Art, die er sich besonders im Frühjahr 1918 zu Schulden kommen ließ, wobei ihm Gelder, Lebensmittel aller Art, Kleider, Werkzeuge in ziemlich bedeutendem Umfange in die Hände fielen, jedoch er viele Familien geschädigt und den leidenden Kämpfern die ihnen zugehörigen Briefe mit großen Opfern zusammenzubehalten suchte usw. in gemeinsamer Weise entlassen, wurde heute von der hiesigen Strafkammer der 46. Jahre alte ordentliche Volkshelfer Ludwig Klein in Neu-Zienburg bei Frankfurt zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Auch wird ihm auf drei Jahre die Befugnis zur Beschaffung öffentlicher Konten abgenommen.

Verantwortlich für den politischen und lokalen Teil: Otto Friedrich, Friedberg; für den Angelegenheit: A. Senner, Friedberg, Druck und Verlag der „Neuen Lokzeitung“, A. G. Friedberg i. S.

